

## Kohle in die Bildung

Der Winter 1997 war ein heißer Winter: Zehntausende Studierende demonstrierten gegen die schlechten Bedingungen an den Hochschulen. Die Streikenden kämpften für ihr Bürgerrecht auf Bildung, für ihre Zukunft. Es ging um Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch eine gute Ausbildung. Die Studierenden haben erkannt, dass es heute auf eine gute Ausbildung ankommt. Denn ein Land ohne nennenswerte Rohstoffe muss auf die Bildung setzen. Der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft ist nur so zu schaffen.

Köpfe sind unser Kapital!

Bundesarbeitskreis Bildung der Jungen Liberalen

Doch die meisten Politiker sagen das nur in Sonntagsreden. Statt in die Bildung und damit in die Zukunft zu investieren, wird immer noch Geld in veraltete Strukturen und damit in die Vergangenheit gepumpt. So wird die nicht wettbewerbsfähige Steinkohle immer noch durch Unsummen subventioniert. Statt die unbequeme Wahrheit zu sagen, marschieren andere Parteien lieber mit demonstrierenden Bergleuten.

Allein die FDP hatte 1996 auf Drängen der Jungen Liberalen eine Senkung der Subventionen durchgesetzt. Selbst als die FDP-Parteizentrale tagelang von Bergleuten blockiert war, blieben die Liberalen bei ihrer Haltung. Anders die Grünen: Die alternativen Reformer kippten über Nacht schnell ihren Beschluss gegen Kohlehilfen und waren dann doch für ökologisch wie wirtschaftlich fragwürdige Kohlesubventionen.

Wir bleiben dabei: Kohle hat keine Zukunft - Kohle in die Bildung!

Neben Subventionen binden auch Staatsfirmen Geld. Dieses Geld fehlt in der Bildung. Wir JuLis meinen: Privatisiert die Staatsfirmen und baut mit dem Erlös die Schulden ab. Denn: Wer weniger Schulden hat, muss weniger Zinsen zahlen. Das so Gesparte soll ebenfalls in die Bildung fließen.

## Kohle in die Bildung

Schule - Zukunft will gelernt sein!

Unterrichtsausfall und total überfrachtete Lehrpläne machen den Schulalltag in allen Gegenden der Republik aus. Wir JuLis wollen die Schulen aus ihrer Lethargie herausholen. Statt des immer gleichen Einerleis soll Kreativität und Engagement der Schüler gefördert werden. Kompetenzvermittlung statt stumpfer Paukereii!

Um neue Motivation zu entfachen und neue Wege zu ermöglichen, wollen wir die Schulen weitgehend selbst bestimmen lassen, wie sie Schule und Unterricht gestalten. Die Schüler sollen dabei mehr mitreden und mitentscheiden dürfen als bisher.

Die Schule auf dem Weg ins nächste Jahrtausend kann nicht länger mit den Rezepten des vergangenen Jahrhunderts bestritten werden. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind gefragt. Der Beamtenstatus für Lehrer und überfüllte Lehrpläne stehen da im Wege.

Auch das Abitur muss reformiert werden! Was alle europäischen Nachbarn schaffen und in fast allen Ost-Bundesländern perfekt klappt, gehört in der gesamten Republik schleunigst eingeführt: Abitur nach 12 Jahren. Schließlich kann es nicht sein, dass unsere europäischen Altersgenossen schon zwei Jahre im Beruf stehen, während wir gerade das Studium abschließen.

Schon an den Schulen muss auf die globalisierte Arbeitswelt vorbereitet werden. Das bedeutet: Frühzeitig soll eine erste Fremdsprache erlernt werden. Auch der Umgang mit modernen Medien muss vermittelt werden. Überhaupt: Die Ausstattung aller Schulen mit PC und Internetzugängen ist im internationalen Vergleich schlichtweg lächerlich. Hier muss sich was ändern!

Außerdem: Wer besonders begabt ist, gehört besonders gefördert - genau so wie auch Lernschwache unterstützt werden müssen. Denn unserer Meinung nach muss die Schule einen jeden nach seinen Möglichkeiten fordern und fördern.

Chancengerechtigkeit statt Gleichmacherei muss es heißen.

## Kohle in die Bildung

Berufliche Bildung - Mehr Chancen durch bessere Ausbildung

Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze - nicht nur, aber gerade in den neuen Bundesländern. Wir brauchen zudem bessere Ausbildungsplätze, damit die Berufseinsteiger besser auf die Arbeitswelt vorbereitet werden.

Auf neue Berufsfelder muss zukünftig noch schneller reagiert werden. Neue Berufe erfordern neue Ausbildungsgänge. Denn sonst kann nicht ausgebildet werden. Insbesondere bei den modernen Informationstechnologien gibt es da Defizite. Hier sind Staat und Wirtschaft gefragt.

Um dem einzelnen mehr gerecht zu werden, fordern die Jungen Liberalen, dass mehr gestufte Ausbildungsgänge mit niedrigeren Theorieanteil geschaffen und Abschlüsse in Teilgebieten zugelassen werden. So eröffnen wir auch weniger Begabten die Möglichkeit, mit einem Abschluss den Einstieg ins Berufsleben zu schaffen.

Eine Ausbildungsplatzabgabe, wie sie die SPD will, lehnen wir ab. Denn diese wäre nur eine weitere Abgabe, die mit hohem Verwaltungsaufwand bearbeitet wird. Die Unternehmer würden sich freikaufen, anstatt Verantwortung zu übernehmen. Abgaben und Steuern gibt es bei uns schon genug. Abgaben und Steuern sind keine Lösung, sondern das Problem, denn sie behindern Investitionen in Arbeitsplätze.

Berufliche Bildung soll auf den Beruf vorbereiten, statt den allgemeinbildenden Schulen Konkurrenz zu machen. Die Lehrpläne gehören entrümpelt, um Ausbildung für Azubis und Arbeitgeber attraktiver zu machen.

Mehr Zeit im Betrieb bedeutet für den Azubi mehr Praxis und für den Arbeitgeber einen größeren Anreiz auszubilden. Das heißt nicht, dass wir die Berufsschulen ganz abschaffen wollen. Wir meinen nur, dass man sie auf das beschränken muss, was dem künftigen Berufsleben zugute kommt. Fächer wie Religion und Sport gehören nach Juli-Meinung nicht dazu.

## Kohle in die Bildung

Hochschulen - Raus mit dem Muff!

An den Unis gilt, was in der Schule gilt: Auch hier regiert das Einerlei. Hier wollen wir JuLis durch mehr Autonomie zu neuem Ehrgeiz und neuen Ideen anstiften. Es gilt, die im internationalen Vergleich zurückgefallenen Hochschulen für die Zukunft fit zu machen, damit Hochschulabsolventen fit für die Welt von morgen sind. Jede einzelne Hochschule soll selbst über Inhalt, Form und Organisation ihrer Studiengänge bestimmen. Die bürokratische ZVS gehört abgeschafft.

Die JuLis wollen eine Reform der Hochschulfinanzierung: die Studierenden sollen mit ihrer Nachfrage die Mittelverteilung auf Uni, Fakultäten und Lehrstühle mitbestimmen. Nach unserem Modell gibt der Staat kostenlose Bildungsgutscheine an die Studierenden aus, die diese dann für von ihnen besuchte Lehrveranstaltungen einlösen können. Mit den Gutscheinen erhalten die Lehrstühle dann Geld aus dem staatlichen Etat. So richtet sich das Angebot der Hochschulen mehr an den Bedürfnissen der Studierenden aus.

Bei sogenannten "Orchideenfächern erhalten die Unis eine Grundförderung, da diese sonst nicht überleben könnten. Mit den Bildungsgutscheinen können auch Professoren leistungsorientierter bezahlt werden: wer durch gute Lehrveranstaltungen viele Gutscheine einnimmt, soll mehr Geld bekommen. Die Studierenden erhalten mindestens so viele Gutscheine kostenlos, wie für Lehrveranstaltungen für einen ersten Abschluss erforderlich sind. Damit sichergestellt ist, dass jeder qualifizierte Schulabgänger studieren kann - unabhängig vom Elternhaus.

Gleichzeitig werden die kostenlosen Leistungen des Staates beschränkt, damit zielorientierter studiert wird. SO wird mehr Effizienz im Studium mit Chancengleichheit verbunden. Das wollen die Liberalen auch beim BAföG: die FDP hat die Darlehensverzinsung verhindert und will nun eine Sockelförderung für alle Studierenden von etwa 300 DM. Diese soll die Leistungen ersetzen, die bisher die Eltern bekommen haben (z.B. Kindergeld).

Außerdem: Zusätzlichen frischen Wind an den bundesdeutschen Unis versprechen wir uns von einer Stärkung der studentischen Mitbestimmungsrechte.

Kohle in die Bildung